

Leitantrag

Personalentwicklung und Ausstattung für den öffentlichen Dienst

Der tbb setzt sich dafür ein, dass der öffentliche Dienst eine Vorbildrolle in der Gestaltung von Arbeitsverhältnissen einnimmt. Hierzu zählt, auf das Instrument der sachgrundlosen Befristung zu verzichten, um jungen Menschen eine klare Perspektive zu eröffnen.

Der tbb fordert ein den Aufgaben angepasstes zukunftsorientiertes Struktur- und Personalentwicklungskonzept.

Das bisherige Personalentwicklungskonzept 2025 stellt lediglich ein Personalabbaukonzept dar. Zur Sicherung des Arbeitskräftebedarfes sind die Stellenabbauverpflichtungen in allen Bereichen zu stoppen und durch eine sach- und fachgerechte Personalausstattung, die sich an den fachlichen Anforderungen orientiert, zu ersetzen.

Unter Beachtung des Leistungsgrundsatzes sollte jeder Beschäftigte eine sichere Perspektive haben.

Dies ist durch individuelle Personalentwicklungsvereinbarungen mit Fortbildungsplänen sicherzustellen.

Die Funktionsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes erfordert ein Personal- und Wissensmanagement, welches den überproportionalen Abgang Bediensteter in den nächsten Jahren aufnimmt.

Hierzu zählen auch befristete Doppelbesetzungen.

Der tbb fordert grundsätzlich eine Besetzung der Stellen in transparenten Verfahren nach Eignung, Leistung und Befähigung.

Der tbb fordert eine angemessene Aus- und Fortbildung der Beschäftigten.

Hierzu zählen:

- die Wiedereinführung des Referendariats in allen Bereichen,
- gezielte Fortbildungsmaßnahmen.

Zu einer modernen Personalpolitik zählt die Ausstattung am Arbeitsplatz.

Daher fordert der tbb eine zeitgerechte Sachausstattung in Bezug auf technische Ausrüstung, wie Laptop, Diensthandy, mobilen Internetzugang und ggf. eine ausreichende Anzahl von Dienst-Kfz, so dass der Einsatz privater Mittel und Fahrzeuge auf Ausnahmefälle beschränkt ist. Stellt der Beschäftigte anstelle des Dienstherrn dienstlich benötigte Ausrüstung zur Verfügung, so ist er angemessen zu entschädigen.